



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Dr. Otto Hünnerkopf, Dr. Florian Herrmann, Volker Bauer, Eric Beißwenger, Michael Brückner, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Dr. Martin Huber, Anton Kreitmair, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Hans Ritt, Tanja Schorer-Dremel, Peter Tomaschko** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/9397

Keine Verschlechterung durch das Wertstoffgesetz!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der Abfallentsorgung und besonders hinsichtlich des geplanten Wertstoffgesetzes weiterhin für eine faire Zusammenarbeit zwischen Kommunen und privaten Entsorgern einzusetzen.

Dabei sollen das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen erhalten bleiben und der Mittelstand gestärkt werden. Die bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte, denen die Aufgabe der Abfallentsorgung obliegt, sollen weiter eigenverantwortlich über die Infrastruktur der Wertstoffentsorgung entscheiden.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin